

August 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Politikerzufriedenheit: Armin Laschet mit Sympathieeinbruch.....	2
Direktwahl: Laschet fällt hinter Scholz zurück.....	4
Nächste Bundesregierung: ein gutes Drittel für unionsgeführtes Kabinett	5
Sonntagsfrage: CDU/CSU und Grüne verlieren, SPD legt zu.....	6
Angela Merkel: Positive Bilanz für 16 Jahre Kanzlerschaft	8
Zufriedenheit Bundesregierung: gut vier von zehn zufrieden.....	9
Corona-Maßnahmen für die Hälfte angemessen	10
Zuspruch zur Corona-Impfung gewachsen	11
Corona-Impfpflicht umstritten.....	12
Zuspruch für Befreiung vollständig Geimpfter von Corona-Auflagen.....	13
Kostenpflichtige Corona-Tests für Ungeimpfte: sechs von zehn dafür.....	14
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

Gut zwei Monate vor der Bundestagswahl kämpft Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet mit einem Sympathieeinbruch. Nach 37 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell 24 Prozent zufrieden zu seiner Person. Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock wird allerdings kaum besser bewertet. Beide bleiben zugleich jeweils weit hinter den Zufriedenheitswerten früherer Spitzenkandidaten ihrer Parteien zurück. Olaf Scholz ist nach wie vor der populärste der drei Kanzlerkandidaten. Sein Sympathievorsprung prägt deutlicher als im Vormonat die Präferenz für die künftige Besetzung im Kanzleramt: Bei einer Direktwahl würden sich 35 Prozent für ihn entscheiden, 20 Prozent für Laschet, 16 Prozent für Baerbock. Trotz Laschets Sympathieschwäche ist der Wunsch nach einer erneut CDU/CSU-geführten Regierung in der Bevölkerung weiterhin vergleichsweise am stärksten ausgeprägt: 35 Prozent sprechen sich hierfür aus. Ein Viertel macht sich für ein Kabinett unter SPD-Führung stark, jeder Sechste für einen Wechsel zugunsten der Grünen.

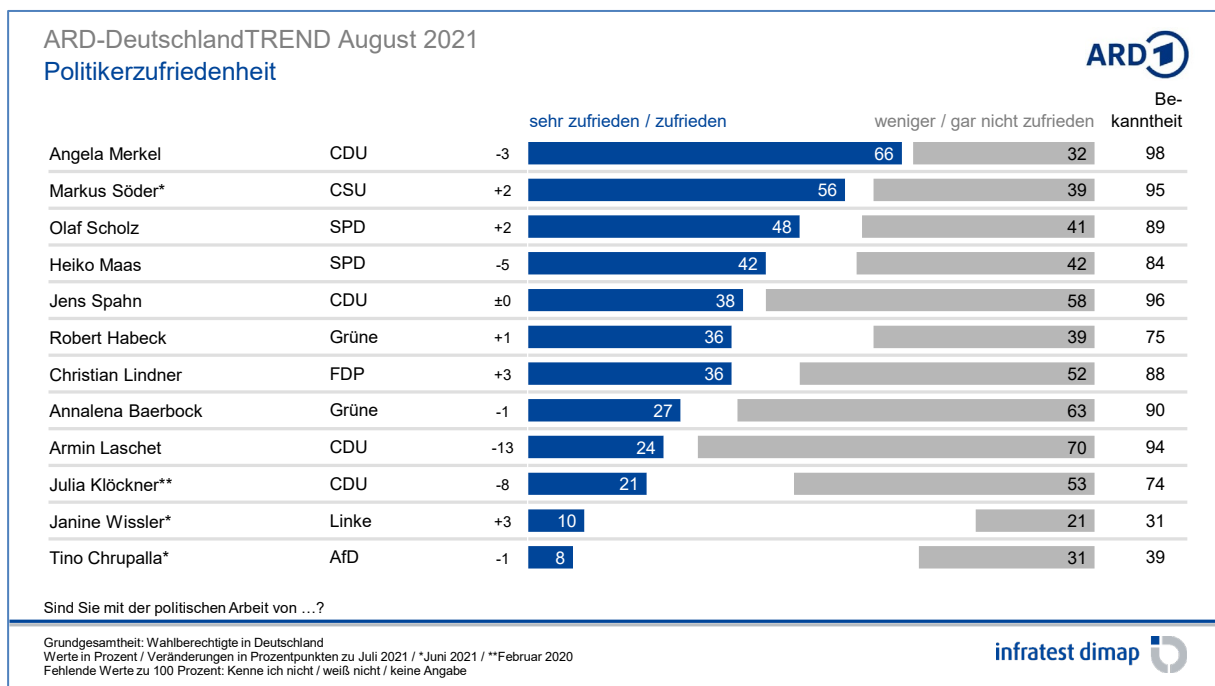
In der aktuellen Sonntagsfrage geht die Unterstützung für Union wie Grüne zum Vormonat leicht zurück (je -1). Mit einem Anteil von 27 Prozent bliebe die CDU/CSU zum jetzigen Zeitpunkt jedoch unangefochten stärkste Kraft. Die Grünen kämen auf 19 Prozent, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten, die auf 18 Prozent (+3) zulegen – der beste SPD-Wert seit Mai 2019. Während sich die FDP auf 12 Prozent (+1) verbessert, büßen AfD und Linke (je -1) geringfügig ein. Sie hätten einen Anteil von 10 bzw. 6 Prozent in Aussicht. Alle übrigen Parteien würden unverändert 8 Prozent erzielen. Bei einem solchen Wahlausgang stände eine Mehrheit für Schwarz-Grün auf der Kippe. Unionsgeführte Drei-Parteienkoalitionen mit Grünen und FDP, aber auch mit SPD und FDP hätten eine eigene Mehrheit. Grünen-geführte Bündnisse wären mit SPD und FDP möglich, nicht jedoch mit SPD und Linken.

Die scheidende Bundeskanzlerin erfährt weiterhin den größten Zuspruch aller abgefragten Politiker. Auf den Amtsbonus der Kanzlerin wird die Union im September jedoch nicht mehr setzen können. Für die Jahre der Merkel-Kanzlerschaft ziehen drei Viertel der Wahlberechtigten eine positive Bilanz. Für sie war die Politikerin in 16 Jahren alles in allem eine gute Amtsinhaberin. Jeweils deutliche Mehrheiten weisen Angela Merkel am Ende ihrer Amtszeit Kompetenz, Führungsstärke und Glaubwürdigkeit zu. Für sieben von zehn gilt sie zudem als sympathische Politikerin. Das von Angela Merkel geführte Kabinett findet ähnlich wie im Vormonat Rückhalt bei gut vier von zehn Bundesbürgern. Damit ist die Bundesregierung zwar weit entfernt von der Popularität, die sie im Zuge des Corona-Krisenmanagements des vergangenen Jahres erlangte. Zugleich wird ihre Regierungsarbeit jedoch nach wie vor besser bewertet als in der ersten Hälfte der Legislaturperiode.

Zugutekommen dürfte der Bundesregierung im aktuellen Urteil das nach wie vor geringe Inzidenzniveau. Die Corona-Maßnahmen sind für die Hälfte der Wahlberechtigten weiterhin angemessen. Einem Fünftel und damit mehr als im Frühsommer gehen sie im Umfeld leicht ansteigender Inzidenzwerte nicht weit genug. Unverändert ein Viertel hält die Maßnahmen für übertrieben. Für die weitere Inzidenzentwicklung und daraus resultierenden Auflagen gilt eine hohe Impfquote als entscheidend. Der Zuspruch zur Corona-Impfung ist seit dem Frühjahr gewachsen: Acht von zehn Deutschen wollen sich auf jeden Fall impfen lassen bzw. sind bereits mindestens einmal geimpft. Jeder Achte tendiert dagegen dazu, sich wahrscheinlich nicht impfen zu lassen bzw. schließt eine Impfung aus. Hauptgrund ist die Sorge vor unbekanntem gesundheitlichen Folgeschäden. Zweifel am Risiko einer Ansteckung oder eine grundsätzliche Impf-Skepsis spielen dagegen eine nachrangige Rolle. Um die Impfquote zu erhöhen, werden derzeit mehrere Maßnahmen diskutiert. Eine Impfpflicht ist bei den Deutschen umstritten. 50 Prozent lehnen sie ab und folgen damit der Position der Bundesregierung. Etwa die Hälfte (46 Prozent) befürwortet sie. Weitaus offener sind die Deutschen gegenüber Impf-Anreizen. So unterstützen zwei Drittel eine Befreiung vollständig Geimpfter von Corona-Einschränkungen. Das ebenfalls diskutierte Ende der Kostenübernahme für Corona-Schnelltests, wenn jeder ein Angebot für eine Impfung erhalten hat, findet Unterstützung bei sechs von zehn Bundesbürgern.

Politikerzufriedenheit: Armin Laschet mit Sympathieeinbruch

Gut zwei Monate vor der Bundestagswahl kämpft Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet mit einem deutlichen Sympathieeinbruch. Nach 37 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell 24 Prozent (-13 Punkte) zufrieden zu seiner Person. Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird mit 27 Prozent (-1) nur unwesentlich besser bewertet und kann sich von ihren Ansehenseinbußen wegen berichteter Unklarheiten im Lebenslauf und bei der Verbuchung von Zusatzeinnahmen weiterhin nicht erholen. Armin Laschet und Annalena Baerbock liegen im aktuellen Urteil der Bundesbürger nicht nur hinter dem FDP-Spitzenkandidaten Christian Lindner (36 Prozent; +3) und dem Co-Vorsitzenden der Grünen, Robert Habeck (36 Prozent; +1). Beide bleiben auch jeweils weit hinter den Zufriedenheitswerten früherer Spitzenkandidaten von Union und Grünen zurück. Anders Olaf Scholz, der zugleich mit 48 Prozent (+2) nach wie vor der populärste der drei Kanzlerkandidaten ist.

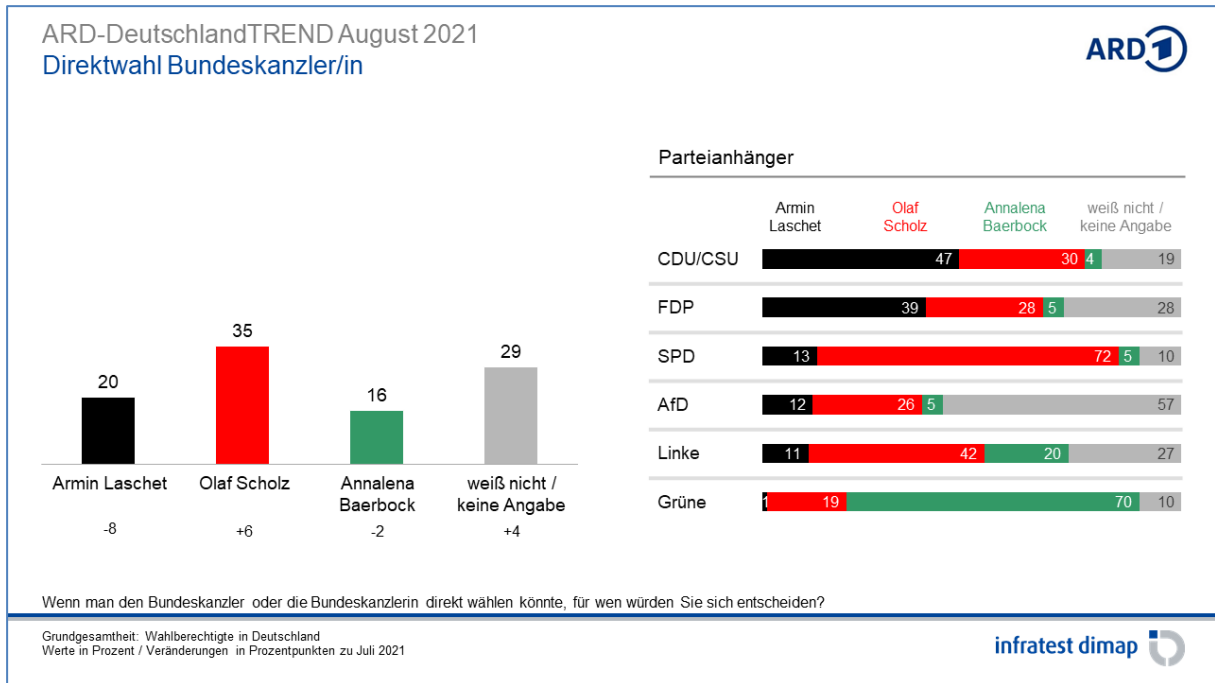


Allerdings führt auch der SPD-Finanzminister die Politikerliste im aktuellen ARD-DeutschlandTREND nicht an. Die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel erfährt im August mit 66 Prozent (-3) unverändert den größten Zuspruch aller abgefragten Politiker. Ihr folgt mit 56 Prozent (+2 zu Juni) CSU-Parteichef Markus Söder, der sich im Frühjahr vergeblich um die Unions-Spitzenkandidatur bemüht hatte. Deutlich zurück stehen im Bevölkerungsurteil die Spitzenkandidaten von Linken und AfD, Janine Wissler (10 Prozent; +3 zu Juni) und Tino Chrupalla (8 Prozent; -1 zu Juni), nicht zuletzt aufgrund einer nur geringen Bekanntheit ihrer Person. Von den im aktuellen ARD-DeutschlandTREND abgefragten Bundesministern wird SPD-Außenminister Heiko Maas (42 Prozent; -5) nach Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der Bevölkerung am besten bewertet, gefolgt von CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (38 Prozent; +/-0). CDU-Landwirtschaftsministerin Julia

Klößner bleibt mit einem Zuspruch von 21 Prozent (-8 zu Februar 2020) erkennbar dahinter zurück.

Direktwahl: Laschet fällt hinter Scholz zurück

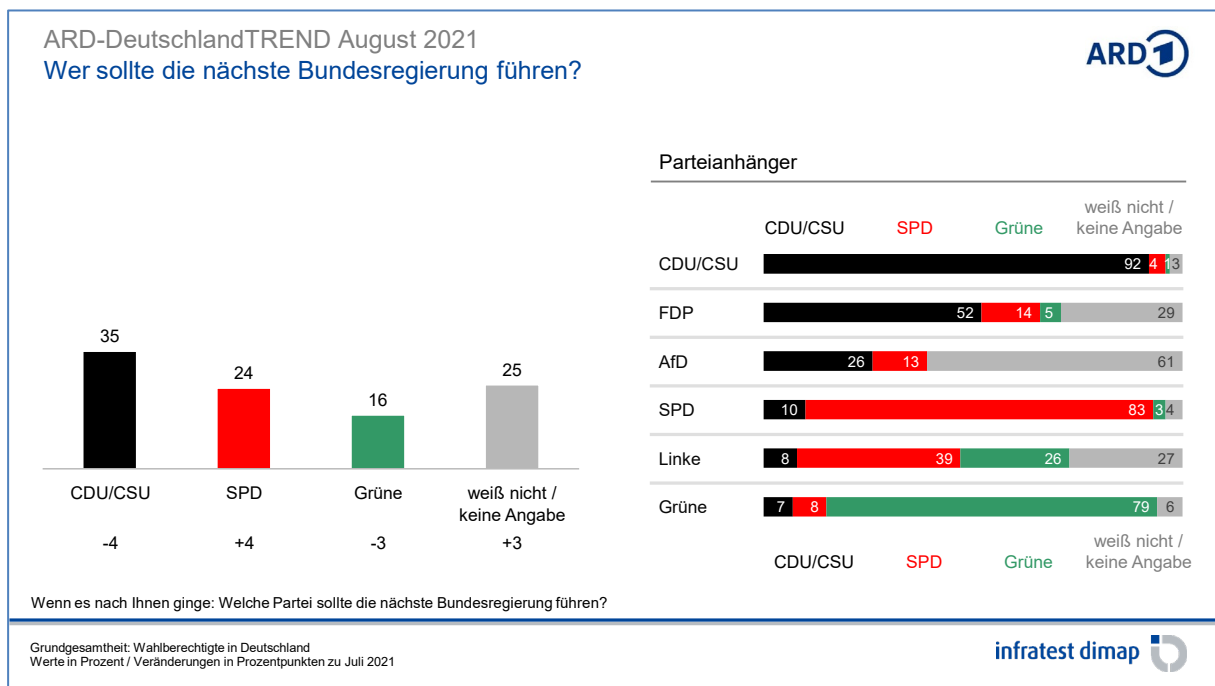
Der Sympathievorsprung von Olaf Scholz prägt deutlicher als im Vormonat die Präferenz für die künftige personelle Besetzung im Kanzleramt. Bei einer Direktwahl würden sich statt 29 nunmehr 35 Prozent für den SPD-Kandidaten (+6) entscheiden. Nach 28 Prozent im Vormonat würden aktuell 20 Prozent (-8) Armin Laschet im Kanzleramt vorziehen. 16 Prozent (-2) würden sich für Annalena Baerbock entscheiden. Drei von zehn können oder wollen sich auf keinen der drei Politiker festlegen.



Olaf Scholz ist der Wunschkandidat der älteren Bundesbürger (46 Prozent). In den mittleren Alterslagen (34 Prozent) ist er aktuell aber ebenfalls im Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern. Bei den Präferenzen der unter 40-jährigen Bundesbürger (26 Prozent) liegt er faktisch mit Annalena Baerbock (25 Prozent) gleichauf. Die Unterstützung von Scholz und Baerbock in der jeweils eigenen Anhängerschaft variiert kaum. Sieben von zehn SPD- (72 Prozent) wie Grünen-Anhängern (70 Prozent) favorisieren den jeweils eigenen Kandidaten bzw. die eigene Kandidatin. Der Rückhalt von Armin Laschet in der Unions-Anhängerschaft fällt mit 47 Prozent hierhinter deutlich zurück.

Nächste Bundesregierung: ein gutes Drittel für unionsgeführtes Kabinett

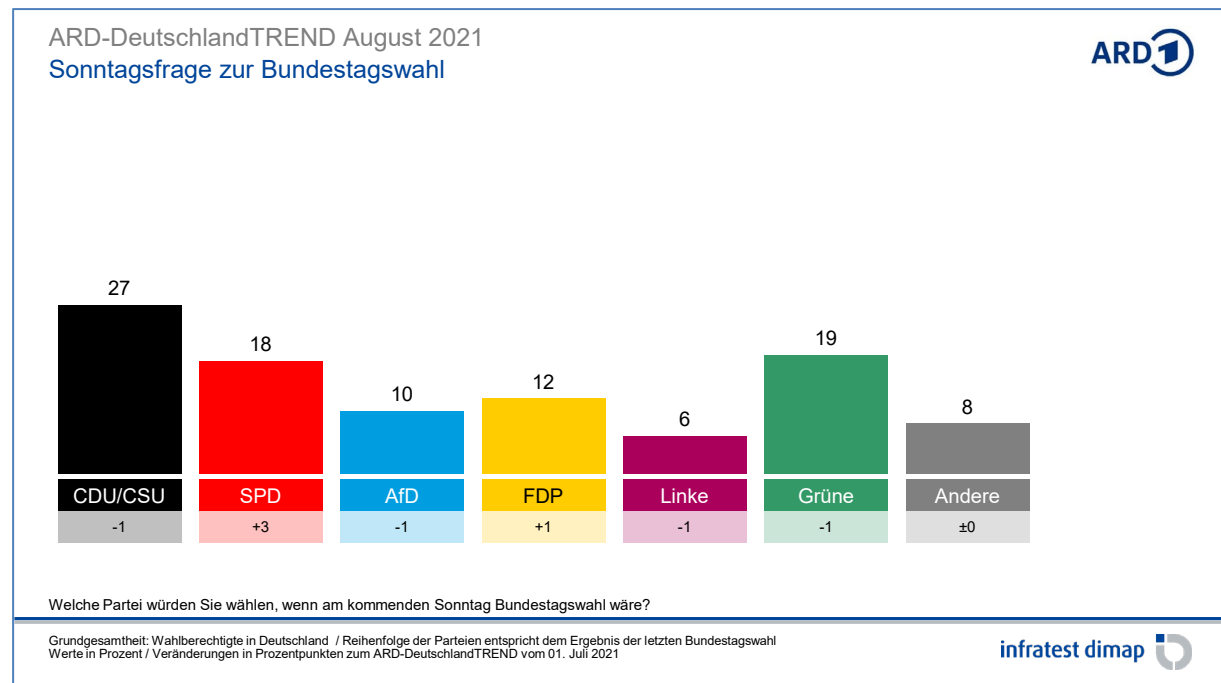
Trotz der Sympathieschwäche des Unions-Kanzlerkandidaten ist der Wunsch nach einer erneut unionsgeführten Bundesregierung weiterhin vergleichsweise am stärksten ausgeprägt: 35 Prozent der Wahlberechtigten sprechen sich für die Zeit nach der Bundestagswahl für eine Bundesregierung unter CDU/CSU-Ägide aus, nach 39 Prozent im Vormonat. Ein Viertel (24 Prozent; +4) macht sich derzeit für eine Regierung unter SPD-Führung stark, jeder Sechste (16 Prozent; -3) zieht einen politischen Wechsel zugunsten der Grünen vor. Ein Viertel (25 Prozent; +3) äußert aktuell keine Präferenz.



Eine erneut unionsgeführte Bundesregierung findet die stärkste Unterstützung bei den älteren Bürgern (41 Prozent). Dort sind zugleich auch die Sympathien für einen Wechsel zugunsten der SPD am größten (30 Prozent). Ein Regierungswechsel zugunsten der Grünen wiederum findet bei den unter 40-Jährigen im Vergleich den meisten Zuspruch (21 Prozent). Aber auch diese Altersgruppe favorisiert stärker noch ein erneut unionsgeführtes Kabinett (30 Prozent). Die Anhänger der Union (92 Prozent), SPD (83 Prozent) und Grünen (79 Prozent) setzen erwartungsgemäß mit jeweils großen Mehrheiten auf die eigene Partei. Gut die Hälfte der FDP-Anhänger (52 Prozent) präferiert ein CDU/CSU-geführtes Bündnis, die Anhänger der Linken setzen weiterhin eher auf eine SPD- (39 Prozent), denn auf eine Grünen-geführte Koalition (26 Prozent). Für sechs von zehn AfD-Anhängern (61 Prozent) ist keine der drei Optionen wünschenswert. Jeder vierte AfD-Anhänger (26 Prozent) unterstützt ein Kabinett unter Führung der CDU/CSU.

Sonntagsfrage: CDU/CSU und Grüne verlieren, SPD legt zu

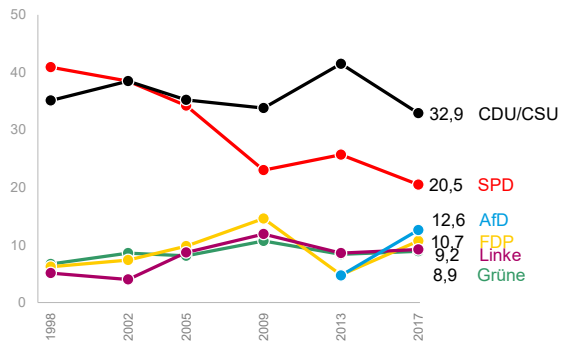
In der aktuellen Sonntagsfrage geht die Unterstützung für Union wie Grüne zum Vormonat leicht zurück (je -1). Mit einem Wähleranteil von 27 Prozent bliebe die CDU/CSU zum jetzigen Zeitpunkt jedoch weiterhin unangefochten stärkste Kraft. Die Grünen kämen auf 19 Prozent, der niedrigste Wert seit September 2020. Dicht hinter ihnen folgen die Sozialdemokraten. Sie legen um 3 Punkte auf 18 Prozent zu – der beste SPD-Wert in der Sonntagsfrage seit Mai 2019. Während sich die FDP um 1 Punkt auf 12 Prozent verbessert, büßen AfD und Linke in gleichem Umfang ein und hätten einen Anteil von 10 bzw. 6 Prozent in Aussicht. Alle übrigen Parteien würden zusammen unverändert 8 Prozent erzielen. Bei einem solchen Wahlausgang stände eine Mehrheit für Schwarz-Grün auf der Kippe, so dass ggf. ein weiterer Regierungspartner gefunden werden müsste. Unionsgeführte Drei-Parteienkoalitionen mit Grünen und FDP, aber auch mit SPD und FDP hätten eine eigene Mehrheit. Grünen-geführte Bündnisse wären mit SPD und FDP möglich, nicht jedoch mit SPD und Linken.



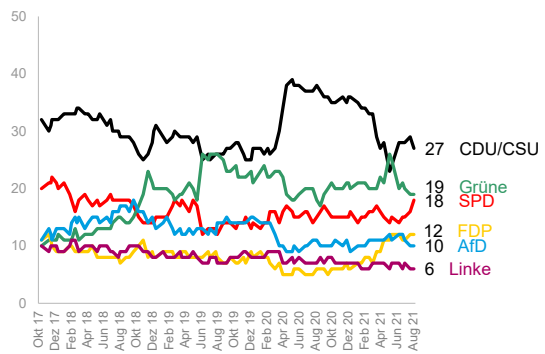
ARD-DeutschlandTREND August 2021
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

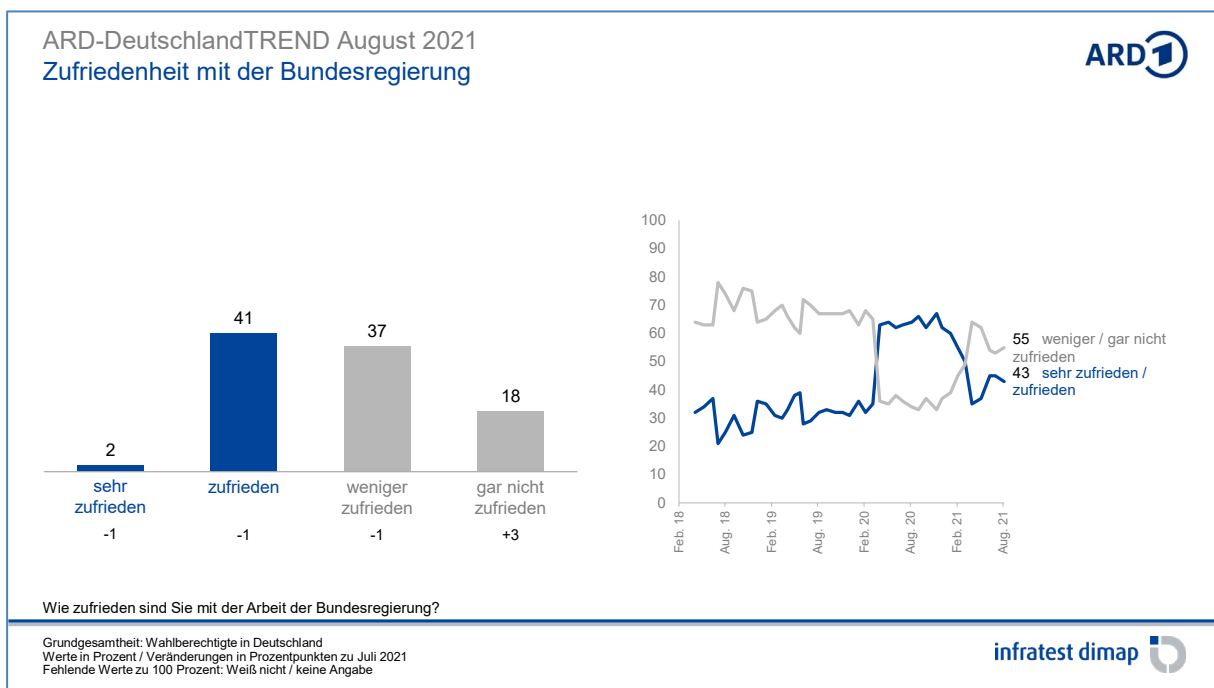
Angela Merkel: Positive Bilanz für 16 Jahre Kanzlerschaft

Auf den Amtsbonus der Bundeskanzlerin wird die Union im September nicht mehr setzen können. Für die Merkel-Kanzlerschaft insgesamt ziehen drei Viertel der Wahlberechtigten (75 Prozent) eine positive Bilanz. Für sie war Angela Merkel in 16 Jahren alles in allem eine gute Kanzlerin. Jeder Fünfte (20 Prozent) stellt dies in Zweifel. Zu einem mehrheitlich positiven Urteil gelangen die Anhänger aller Bundestagsparteien mit Ausnahme der AfD-Wähler. Jeweils deutliche Mehrheiten weisen Angela Merkel auch am Ende ihrer Amtszeit Kompetenz (78 Prozent), Führungsstärke (77 Prozent) und Glaubwürdigkeit (71 Prozent) zu. Für sieben von zehn Bundesbürgern (69 Prozent) gilt sie zudem als sympathische Politikerin.



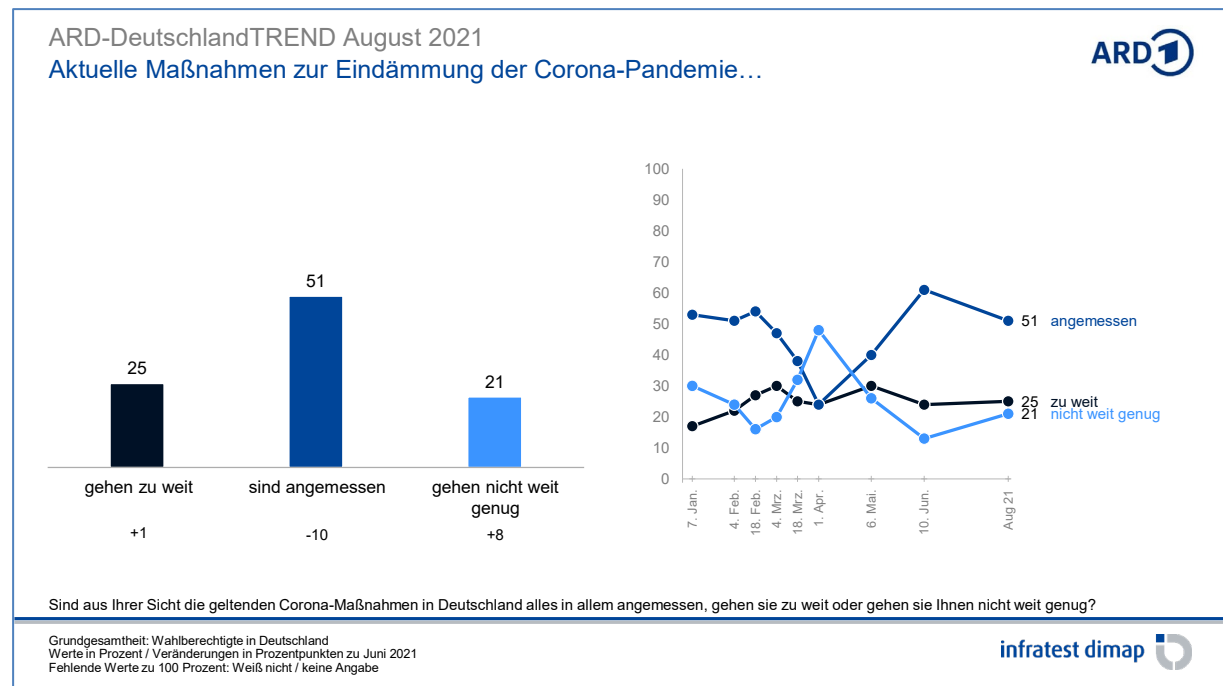
Zufriedenheit Bundesregierung: gut vier von zehn zufrieden

Das von Angela Merkel geführte Kabinett findet mit seiner Regierungsarbeit ähnlich wie im Vormonat Rückhalt bei gut vier von zehn Bundesbürgern (43 Prozent; -2), 55 Prozent (+2) üben Kritik. Damit bleibt die Bundesregierung zwar weit entfernt von der Popularität, die sie im Zuge des Corona-Krisenmanagements im vergangenen Jahr erlangte. Zugleich wird die Berliner Regierungsarbeit jedoch nach wie vor besser bewertet als in der ersten Hälfte der Legislaturperiode und damit vor Ausbruch der Corona-Pandemie. In den Reihen der Koalitionspartner CDU/CSU (71 Prozent) und SPD (58 Prozent) äußern sich jeweils Mehrheiten positiv. Bei den Anhängern von Grünen (45:54 Prozent), FDP (35:63 Prozent) und Linken (35:65 Prozent) überwiegt die Kritik. Auf nahezu geschlossene Ablehnung stößt die Berliner Politik wie gehabt bei den AfD-Wählern (9:91 Prozent).



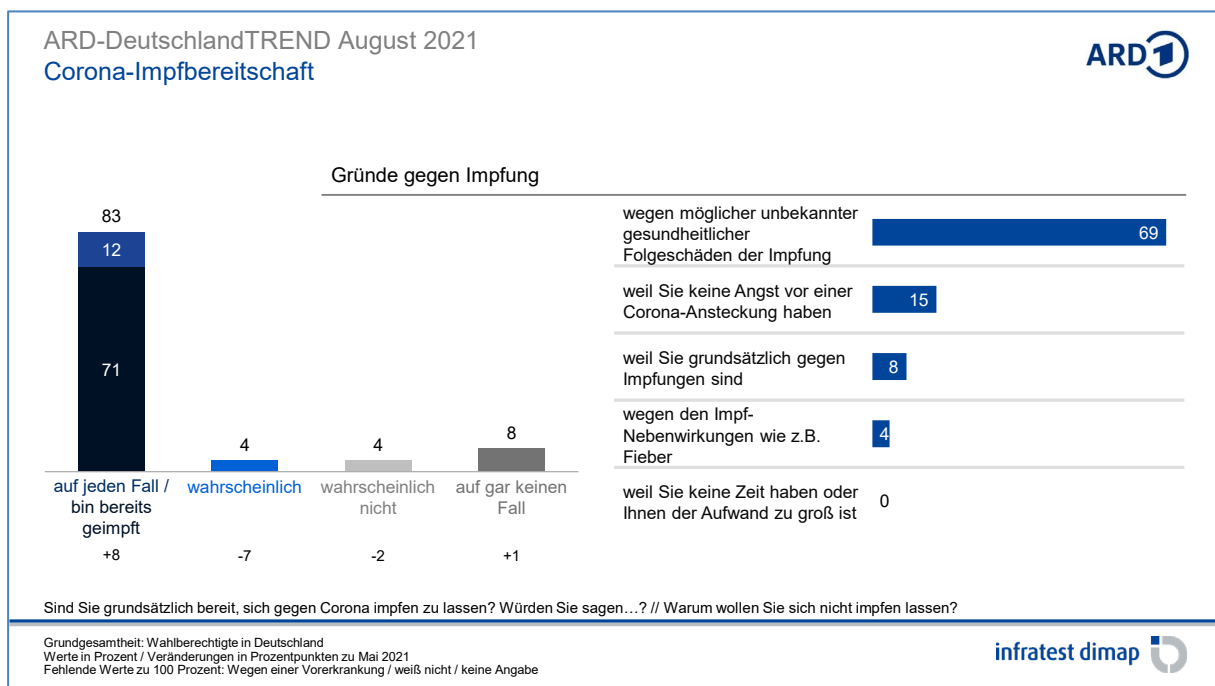
Corona-Maßnahmen für die Hälfte angemessen

Zugutekommen dürfte der Bundesregierung im aktuellen Urteil das nach wie vor geringe Inzidenzniveau. Die nicht zuletzt über den Bund koordinierten Corona-Maßnahmen sind für etwa die Hälfte der Wahlberechtigten weiterhin angemessen (51 Prozent; -10). Einem Fünftel (21 Prozent; +8 zu Juni) und damit wieder etwas mehr als im Frühsommer gehen die Auflagen im Umfeld leicht ansteigender Inzidenzwerte nicht weit genug. Unverändert ein Viertel der Wahlberechtigten hält die Maßnahmen dagegen für übertrieben (25 Prozent; +1). Als zu weitgehend wird das Ausmaß der bestehenden Auflagen und Einschränkungen vor allem von den Anhängern der AfD (59 Prozent) kritisiert. Aber auch vier von zehn FDP- (43 Prozent) und Linken-Anhängern (37 Prozent) äußern sich entsprechend.



Zuspruch zur Corona-Impfung gewachsen

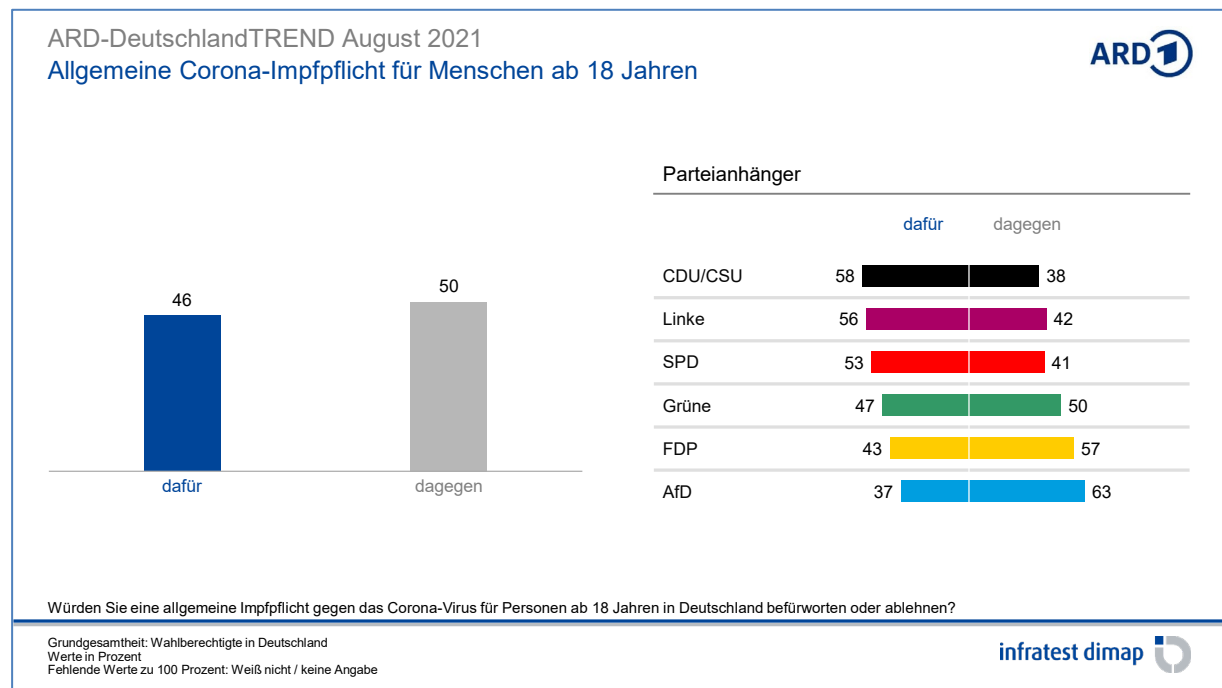
Für die weitere Inzidenzentwicklung und daraus resultierenden Anpassungen von Auflagen und Maßnahmen gilt eine hohe Impfquote als entscheidend. Acht von zehn Deutschen ab 18 Jahren (83 Prozent) geben aktuell an, sich auf jeden Fall (12 Prozent) gegen Corona impfen zu lassen bzw. bereits mindestens einmal geimpft zu sein (71 Prozent). Damit hat die Impfneigung der Bundesbürger seit Mai zugelegt (+8). Am Beginn der deutschen Impf-Kampagne im Februar hatten sogar lediglich sechs von zehn Bundesbürgern ihre Impfung definitiv in Aussicht gestellt. Allerdings tendiert jeder achte Wahlberechtigte (12 Prozent) weiterhin dazu, sich wahrscheinlich nicht impfen zu lassen bzw. schließt eine Impfung für sich definitiv aus, darunter nach wie vor überdurchschnittlich viele jüngere Bundesbürger.



Hauptgrund für die Ablehnung der Corona-Impfung ist die Sorge vor bislang unentdeckten gesundheitlichen Folgeschäden. Von den Befragten, die angeben, sich wahrscheinlich nicht oder auf keinen Fall impfen lassen zu wollen, geben 69 Prozent dies als Grund ihrer Impfablehnung an. Zweifel am Risiko einer Corona-Ansteckung (15 Prozent) oder eine grundsätzliche Impf-Skepsis (8 Prozent) spielen dagegen bei der Ablehnung durch erwachsene Bundesbürger nur eine nachrangige Rolle.

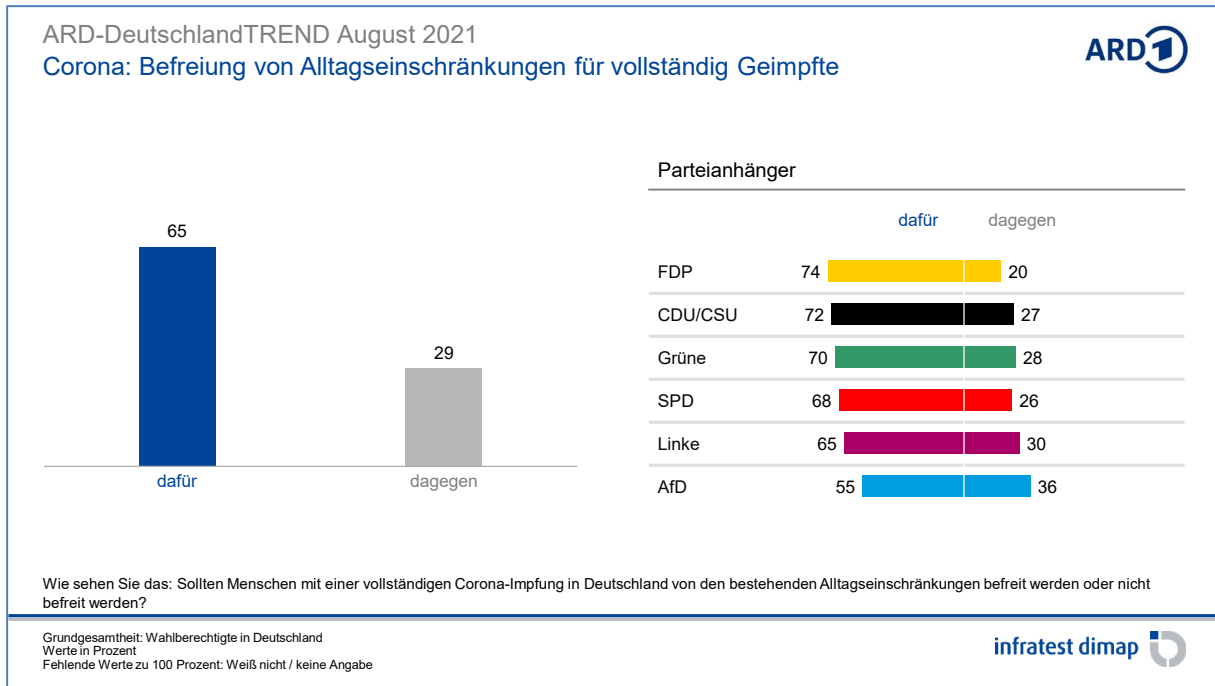
Corona-Impfpflicht umstritten

Um die Impfquote zu erhöhen, werden derzeit mehrere Maßnahmen diskutiert, darunter die Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht. Letztere ist bei den Deutschen umstritten. 50 Prozent lehnen sie ab und folgen damit der Position der Bundesregierung. Etwa die Hälfte (46 Prozent) befürwortet sie. Widerstand gegen eine Corona-Impfpflicht regt sich am ehesten in den Reihen von AfD (63 Prozent) und FDP (57 Prozent). Aber auch die Hälfte der Grünen-Wähler (50 Prozent) äußert sich ablehnend. Während ältere Bundesbürger eine Corona-Impfpflicht mehrheitlich begrüßen würden (61:35 Prozent), überwiegt bei den unter 40jährigen klar die Ablehnung (38:59 Prozent).



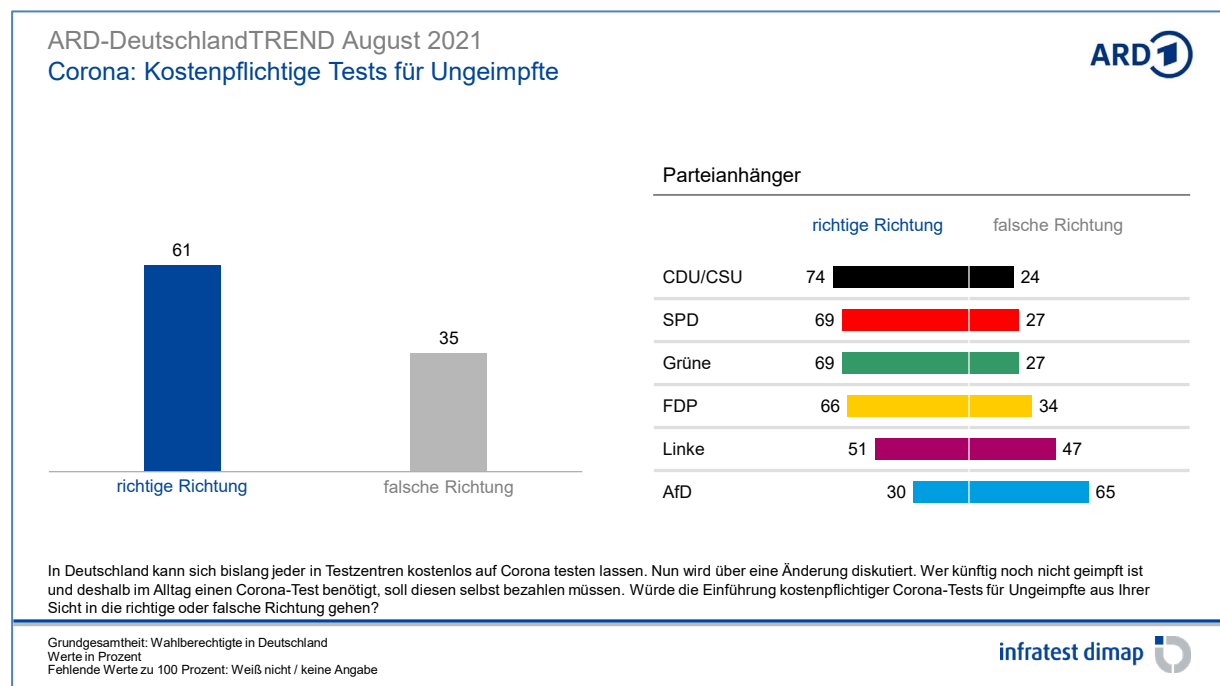
Zuspruch für Befreiung vollständig Geimpfter von Corona-Auflagen

Weitaus offener sind die Deutschen gegenüber Impf-Anreizen. So unterstützen zwei Drittel (65 Prozent) eine Befreiung vollständig Geimpfter von Corona-Einschränkungen, drei von zehn (29 Prozent) sind dagegen. Der Zuspruch für die Rückübertragung von Freiheiten an Geimpfte überwiegt in allen Anhängerschaften, am deutlichsten in den Reihen von FDP (74 Prozent) und Unionsparteien (72 Prozent), weniger stark bei den AfD-Anhängern (55 Prozent).



Kostenpflichtige Corona-Tests für Ungeimpfte: sechs von zehn dafür

Das ebenfalls diskutierte Ende der Kostenübernahme für Corona-Schnelltests für die Zeit, wenn jeder ein Impf-Angebot erhalten hat, findet Unterstützung bei sechs von zehn Bundesbürgern (61 Prozent). Ein Drittel (35 Prozent) lehnt kostenpflichtige Corona-Tests für künftig Ungeimpfte ab. Mehrheitlichen Zuspruch fände ein solcher Schritt in den Reihen von Union (74 Prozent), SPD, Grünen (jeweils 69 Prozent) und FDP (66 Prozent). Bei den Anhängern der Linken (51:47 Prozent) halten sich Zuspruch und Ablehnung etwa die Waage, bei den AfD-Anhängern (30:65 Prozent) überwiegt die Kritik. Zugleich besteht in der Haltung zur Einführung kostenpflichtiger Corona-Tests ein deutliches Altersgefälle: Während drei Viertel der über 65-Jährigen (73 Prozent) das Auslaufen der Kostenübernahme begrüßen würden, äußert sich knapp die Hälfte der unter 40-Jährigen (48 Prozent) ablehnend.



ARD–DeutschlandTREND August 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Simone Thies	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon* - und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.312 Befragte (858 Telefoninterviews und 454 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 04. August 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0